Bulgarien

Johanna Deimel

Musste Bulgarien am 1. Mai 2004 noch zusehen, wie zehn Kandidatenländer in die EU aufgenommen wurden, so war mit dem 14. Juni 2004 endlich die Ziellinie bei den Verhandlungen mit der Kommission erreicht. Seit diesem Datum hat Bulgarien alle 31 Kapitel vorläufig geschlossen und dabei seinen Nachbarn, Rumänien, mit dem es 2007 der EU beitreten möchte, abgehängt. Ein Novum im Vergleich zu den bisherigen Beitrittsverhandlungen ist, dass die EU-Kommission derzeit überlegt, die beiden Kandidatenländer Rumänien und Bulgarien auch nach dem Beitritt einem intensiven Monitoring zu unterziehen, um sicherzustellen, dass die versprochenen Reformen auch tatsächlich vorangetrieben und umgesetzt werden. Zu den zentralen Problemen des Landes gehören das hohe Maß an Korruption, die organisierte Kriminalität und das Gerichtswesen. Vor allem mahnt die EU in ihrem Bericht und im Strategiepapier an, dass Bulgarien dafür Sorge leisten müsse, effizientere Verwaltungskapazitäten zur Verwaltung der EU-Mittel zu schaffen.¹ EU-Erweiterungskommissar Verheugen rechtfertigte den Einbau von „Sicherheitsklauseln“ damit, dass die Verpflichtungen beider Länder so umfangreich seien, dass eventuell auch eine Verschiebung des Beitritts auf 2008 nötig würde, bis Bulgarien und Rumänien in zentralen Bereichen fit für den Beitritt seien.² Sollte sich das Monitoring durchsetzen, liefe dies auf einen „konditionierten Beitritt“ hinaus, der als Präzedenz auch für Kroatien und die Türkei nachhaltige Folgen haben wird.³

Die EU Kommission hatte im November 2003 in ihrem Bericht empfohlen, dass Bulgarien und Rumänien bis Ende 2005 einen gemeinsamen Beitrittsvertrag unterzeichnen sollten.⁴ Außenminister Solomon Pasy kritisierte die EU-Politik gegenüber den verbleibenden EU Beitrittskandidatenländern als „inkonsistent“, da sie Rumänien und Bulgarien aneinander koppelte und nicht die Leistungen der Staaten separat und individuell würdige.⁵ Die Kritik richtet sich an die schlechtere wirtschaftliche Verfasstheit Rumäniens. Und in der Tat kann Bulgarien 2003 auf ein reales Wirtschaftswachstum von 4,6 Prozent und eine dynamisch wachsende Industrieproduktion (2003: +14,0 Prozent) verweisen, die mit einer Erhöhung der Arbeitsproduktivität einherging.⁶ Zwischen 1992 und 2003 stieg das BIP um 23 Prozent.⁷ Die Arbeitslosigkeit in Bulgarien hat sich zwar seit 2002 (17,4) deutlich verringert, liegt aber weiter bei 14,3 Prozent. Auch der Transformationsindex der Bertelsmann-Stiftung stuft Bulgarien mit Platz 18 vor Rumänien mit Platz 21 ein.⁸

1 Die Erweiterung fortsetzen. Strategiepapier und Bericht der Europäischen Kommission über die Fortschritte Bulgariens, Rumäniens und der Türkei auf dem Weg zum Beitritt. http://www.europa.eu.int/comm/enlargement/report_2003/pdf/strategy_paper2003_full_de.pdf, S. 10.

2 Enlargement Weekly, 5 July 2004.

3 Oana Lungescu: „New system may delay EU entries“, in: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/3729353.stm>.

4 Die Erweiterung fortsetzen. a.a.O., S. 13.

5 Sofia Morning News, 7. November 2003.

6 Sándor Garbó: Bulgaria. CEE-Report (Bank Austria, Creditanstalt), 1-2004.

7 Enlargement Weekly, 13 July 2004.

8 Bertelsmann Transformations-Index 2003. Politische Gestaltung im internationalen Vergleich, Bertelsmann Stiftung, 2004.

Der bevorstehende EU-Beitritt Bulgariens und die mit der Übernahme des *acquis communautaire* verbundenen Rechtsangleichungen werfen die Frage auf, ob die daraus folgenden notwendigen Verfassungsänderungen von der bulgarischen Nationalversammlung beschlossen werden können, oder ob hierfür zum zweiten Mal nach 1989 eine Grosse Verfassungsgebende Versammlung einberufen werden muss. Präsident Georgi Pärvanov (BSP) richtete eine entsprechende Anfrage an das Verfassungsgericht, dessen Entscheidung für Juli 2004 erwartet wird.

Die NATO-Vollmitgliedschaft

Die Ende März 2004 erfolgte Vollmitgliedschaft Bulgariens in der Nato erfüllt das Land mit nationalem Stolz und nährt die Hoffnung, hierdurch „bessere Karten für die EU-Beitrittsverhandlungen“ zu haben, so Präsident Pärvanov.⁹ Während der Nato-Beitritt als „Sternstunde für Solomon Pasy“ gefeiert wurde, wird das militärische Engagement Bulgariens an der Seite der Alliierten im Irak zunehmend schwierig. Mit einem fast 500-Mann starken Kontingent ist Bulgarien im Irak in Kerbala unter polnischer Führung engagiert. Ein Einsatz, bei dem Ende 2003 erste Opfer zu beklagen waren. Mit den terroristischen Anschlägen vom 11. März 2004 in Madrid wurde im bulgarischen Parlament eine heftige Debatte über den Einsatz, das Mandat und die Aufgaben der Soldaten im Irak ausgelöst. Obwohl Bulgarien im Juni 2004 die UN-Resolution zum Irak unterstützte und Außenminister Pasy den Einsatz im Irak bis auf Ende 2005 begrenzte, dürfte sich die Diskussion über das Engagement im Irak weiter zuspitzen, da im Juli 2004 zwei Bulgaren der terroristischen al-Quaida in die Hände fielen, die damit drohte, die beiden Männer zu exekutieren.¹⁰

Veränderungen in der Parteienlandschaft

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen vom 26. Oktober 2003 spiegeln den sich abzeichnenden Meinungsumschwung in der bulgarischen Bevölkerung wider. Die Bulgarische Sozialistische Partei (BSP) ging mit 34,23 Prozent der Stimmen als stärkste politische Kraft, gefolgt von der Union Demokratischer Kräfte (UDK) mit 18,33 und der türkischen Bewegung für Rechte und Freiheiten (BRF) mit 10,54 Prozent hervor. Die seit 2001 regierende Nationale Bewegung Simeon II (NBS II) stürzte landesweit auf 7,66 Prozent ab.¹¹ Vor allem die BRF, die 2001 noch bei 7,45 Prozent lag, ging deutlich gestärkt aus den Kommunalwahlen hervor. Ihr Vorsitzender, Ahmed Dogan, nährte und bestätigte kurz darauf Spekulationen, türkischstämmige Bulgaren, die in der Türkei leben, viele davon mit doppelter Staatsbürgerschaft, für die Kommunalwahlen in Kärđžali mobilisiert zu haben.¹² Das Ergebnis der Kommunalwahlen stimmt bedenklich, als viele unabhängige Kandidaten, die keine Verankerung in einer der in der Bulgarischen Nationalversammlung vertretenen Parteien haben, erfolgreich waren. Dass es sich dabei oftmals um Geschäftsleute handelt,

9 http://www.dw-world.de/german/0,3367,1491_A_677880,00.html.

10 Karasimeonov Georgi: *Barometer. Political Parties Development in Bulgaria*, April – June 2004, (Institute for Political and Legal Studies in cooperation with the Friedrich-Ebert- Foundation), S. 2.

11 <http://www.earlywarning.bg/content.php?con=36&issue=8>.

12 Sofia Morning News, 9. November 2003.

legt den Verdacht nahe, dass ökonomische Interessen politisch legitimiert werden sollen und das Phänomen des „state capture“ in Bulgarien weiter Fuß fasst.¹³

Der Vertrauensverlust, den die Regierung Sakskoburggotski seit 2001 erlebt, ist enorm. Ihre Umfragewerte befinden sich fast im freien Fall und sanken seit 2001 von 84 Prozent Zustimmung auf nur 23 Prozent im April 2004.¹⁴ Und doch wollen derzeit weder die Bevölkerung noch Abgeordnete der Bulgarischen Nationalversammlung vorgezogene Neuwahlen. Das linke Parteienspektrum kann – bis auf den Präsidenten Georgi Pärvanov (BSP), der laut jüngsten Umfragen von 77 Prozent positiv bewertet wird¹⁵ – keine ausreichenden Mehrheiten für einen Regierungswechsel auf sich vereinen. Deutlicher Beleg hierfür war das Scheitern des von der BSP eingebrachten mittlerweile fünften Misstrauensvotums gegen die Regierung Sakskoburggotski im März 2004. Es wurde abgeschmettert, obwohl die regierende Koalition NBS II und BRF durch Abspaltungen nur mehr 97 Abgeordnete (2001: 120) hinter sich weiß¹⁶. Die BSP wurde u.a. von Abgeordneten um Ivan Kostov (siehe unten) unterstützt, die UDK enthielt sich der Stimme. Erste Positionierungen aber aus den Reihen der NBS II nehmen für die nächsten Parlamentswahlen Gestalt an. Im Juli 2004 gründete eine Gruppe der Abweichler aus der NBS II um Emil Košlukov eine neue Partei, die „Die Neue Zeit“ (Novoto Vreme).¹⁷

Das rechte Parteienspektrum wiederum ist zerfasert und von persönlichen Eitelkeiten und Machtkämpfen blockiert. Weggefährten in der UDK von einst stehen sich unversöhnlich gegenüber. Der ehemalige Ministerpräsident Ivan Kostov, der sich nach der Wahlniederlage 2001 ganz aus der Öffentlichkeit zurückgezogen hatte, warf seiner damaligen Außenministerin Nadežda Mihajlova in einem offenen Brief vor, die „UDK in eine tiefe Krise geführt zu haben“¹⁸ und beanspruchte für sich, die Führungsrolle in der Partei zu übernehmen. Als Ende Februar 2004 auf einem außerordentlichen Parteikongress Nadežda Mihajlova mit überwältigender Mehrheit wieder zur Vorsitzenden der UDK gewählt wurde, kam es zum offenen Bruch und Kostov trat mit 26 weiteren Abgeordneten aus der UDK aus. Er gründete am 30. Mai 2004 seine eigene Partei, die „Demokraten für ein starkes Bulgarien“. Auch Stefan Sofjanski, der alte und neue Bürgermeister der bulgarischen Hauptstadt, fügt sich mit seiner neuen Partei, der „Union der Liberalen Demokratie“, in die konservative Parteienlandschaft ein. Es ist zu erwarten, dass sich die von persönlichen Rivalitäten gekennzeichneten Positionierungen im rechten Parteienspektrum noch weiter verschärfen – und damit die Konservativen reale Chancen auf einen Regierungswechsel verspielen werden.

Von Kozloduj zu Belene

Das Thema Atomkraftwerk Kozloduj ist weiterhin auf der Agenda und hält die bulgarische Öffentlichkeit wie auch die EU-Kommission in Atem. Nach erhitzten Debatten stimmte die Regierung der Schließung der Blöcke eins und zwei zu und verpflichtete sich außerdem weitere Blöcke bis Ende 2006 abzuschalten (mit einer Kompensation von 185 Mio. Euro).

13 Michael Knogler / Vincentz, Volkhart: EU-Erweiterung: Die wirtschaftliche Beitrittsfähigkeit der Balkanländer. Osteuropa Institut München, Working Papers Nr. 249, Januar 2004, S. 9.

14 <http://www.aresearch.org/doc.php?en=0&id=48>.

15 <http://www.aresearch.org/doc.php?en=0&id=49>.

16 Zu den Ergebnissen des Misstrauensvotums siehe: Ulrich Büchschütz: „Shifting Powers in the Bulgarian Parliament“, RFE/RL Newslines, Vol. 8, No. 49, part II, 15. März 2004.

17 http://www.novinite.com/view_news.php?id=36847.

18 http://www.novinite.com/view_news.php?id=31405.

Die Schließung der kleineren Reaktorblöcke drei und vier des Atomkraftwerks bis 2006 rührt nach wie vor am nationalen Ego und führte im Mai 2004 zu konkreten Überlegungen, als Kompensation für die errechneten Energieverluste an der rumänischen Grenze, in Belene, den seit 1990 ruhenden Bau eines zweiten Thernuklear-Reaktors forciert anzugehen. Unklar ist noch, ob Belene nach den alten Plänen als modernisierte Variante eines sowjetischen Reaktors oder analog des rumänischen Kraftwerks Cernavoda erbaut werden soll.¹⁹ In der Argumentation für das Belene-Projekt wird dem Umweltschutz dabei nur insofern Rechnung getragen, als hierdurch Bulgarien den Verpflichtungen zur Reduzierung der Treibgasemissionen nachkommen könne. Mit dem Bau des Atomkraftwerks wolle sich Bulgarien als einer der größten Stromversorger in Südosteuropa positionieren, so Energieminister Milko Kovacev im Mai 2004. Konkrete Maßnahmen zu Energieeinsparungen²⁰ und, wie die Weltbank anmahnte, realistische Prognosen über den zu erwartenden Energiebedarf Bulgariens werden von der bulgarischen Regierung ebenso hintangestellt wie die Befürchtung von Experten der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften, dass sich Bulgarien mit dem Bau des Atomkraftwerks finanziell übernehme, zudem die Strompreise zu hoch und die intendierte Liberalisierung des bulgarischen Energiesektors nicht mehr möglich sein würden. Die Kosten für den Bau, der bis 2010 fertig gestellt sein soll, werden auf zwei Mrd. US-Dollar geschätzt. Ende 2004 sollen die Ausschreibungen beginnen. Im EU-Beitrittsabkommen mit Bulgarien wird es ein eigenes Zusatzprotokoll zu Kozloduj geben. Die Begeisterung der EU-Kommissarin für Transport und Energie, Loyola de Palacio,²¹ für den Reaktor in Belene dürfte nicht von allen EU-Mitgliedstaaten geteilt werden, da das Atomkraftwerk in einer Erdbebenregion errichtet werden soll.

Weiterführende Literatur

- Bertelsmann Transformations-Index 2003. Politische Gestaltung im internationalen Vergleich, Bertelsmann Stiftung, 2004.
- Sándor Garbó: Bulgaria. CEE-Report (Bank Austria, Creditanstalt), 1-2004.
- Karasimeonov Georgi: Barometer. Political Parties Development in Bulgaria, April – June 2004, (Institute for Political and Legal Studies in cooperation with the Friedrich-Ebert-Foundation).
- Nadège Ragaru: Bulgarie 2002-2003. L'Europe se rapproche, alors que la prospérité s'éloigne, in: *Le Courrier des pays de l'Est*, (Juni/Juli/August 2003) 1036-1037, S. 30-45.

19 Galina Alexandrova: „Bulgarian Belene Nuclear Plant – Economic Necessity or Expensive Political Experiment?“, in: <http://www.capital.bg/weekly/04-09/2-9.htm>.

20 Laut EBRD ist der Energieverbrauch in Bulgarien siebenfach höher als im OECD-Durchschnitt. Für die effiziente Energienutzung und den Einsatz erneuerbarer Energien hat die EBRD im März 2004 50 Mio. Euro bereitgestellt. <http://www.ebrd.com/new/pressrel/2004/33mar16.htm>.

21 http://www.novinite.com/view_news.php?id=36756.